



Niederschrift

12. Plenarsitzung des Gemeinderates
21. Juli 2020, 15:30 Uhr
öffentlich
Gartenhalle, Kongresszentrum
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

16.

Punkt 16 der Tagesordnung: Vertragsverlängerung und Aufstockung der Räderzahl des Fahrradverleihsystems KVV.nextbike

Vorlage: 2020/0705

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt – nach Vorberatung in Planungsausschuss und Hauptausschuss –

1. der dreijährigen Verlängerung des Betreibervertrags des KVV mit nextbike sowie der Erhöhung der jährlichen Kostenerstattung von zuvor bis zu 100.000 Euro brutto auf 131.205 Euro brutto ab dem Jahr 2024 zu.
2. der Aufstockung von derzeit 340 Räder um weitere 300 Räder bis Ende der Vertragslaufzeit sowie der Erhöhung der jährlichen Kostenerstattung bis zum Jahr 2023 um 107.100 Euro brutto ab 2024 um 137.088 Euro brutto ab Bereitstellung zu. Die Verlängerung steht unter dem ausdrücklichen Vorbehalt einer positiven Prüfung der Finanzierbarkeit im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse für 2021 ff.

Abstimmungsergebnis:

Ziffer 1: Bei 41 Zustimmungen, 4 Enthaltungen und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Ziffer 2: Bei 31 Zustimmungen, 4 Enthaltungen und 13 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 16 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Planungsausschuss und im Hauptausschuss:

Ich darf noch darauf hinweisen, bevor Sie abstimmen, dass unter der Ziffer 2 im letzten Satz das Wort „Verlängerung“ zu ersetzen ist durch das Wort „Aufstockung“, weil es hier nicht um die Verlängerung geht, sondern um die Aufstockung.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Zu diesem Thema kann man sehr kurz für die CDU-Fraktion festhalten, dass eine Verlängerung selbstverständlich erforderlich ist. Wir denken, dass mit dem bisherigen Bestand an Rädern unser Ruf als Fahrradstadt sehr wohl darstellbar und weiterhin auch nach außen zu tragen ist. Das Aufstocken ist ein Nice-to-have. Das muss man eindeutig sehen. Es ist auch noch nicht so ganz aus der Vorlage erkennbar, ob es sich dann wirklich auswirken würde auf die Entleihungszahlen. Von daher sind wir in keiner Weise überzeugt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir müssen jetzt einmal ganz ernst miteinander reden. Das ist einer der ersten Anträge, der eine Haushaltsrelevanz hätte. Wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass wir jetzt einen Stopp machen müssen und nicht alles, was gut und schön ist, so durchwinken. Ich will das einmal grundsätzlich gesagt haben. Ich finde es auch sehr nett in der Vorlage, wenn da steht, es seien Möglichkeiten der Umschichtung auszumachen. Dann hätte ich in der Vorlage auch gerne erfahren, was Sie denn umschichten wollen als Verwaltung. Das habe ich noch nicht so ganz verstanden. Wie gesagt, diese Aufstockung muss ganz ernsthaft in der Haushaltsberatung behandelt werden.

Stadtrat Schnell (AfD): Bereits das Call-a-bike der Deutschen Bahn, das wir bis 2013 hier hatten, war finanziell ein Desaster. Auch der Nachfolger FächerRad, heute als KVV.nextbike, kommt finanziell nur dank eines sechsstelligen Zuschusses der Stadt und somit des Steuerzahlers über die Runden. Der Zuschuss je Buchung eines nextbikes hat sich gegenüber früheren Jahren zwar reduziert, beträgt aber immer noch fast einen halben Euro je Buchung. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Bei Fahrten von durchschnittlich unter 2 km, die Subvention ist damit also deutlich höher als die Kilometerkosten einer Fahrt des Stadtmobilautos, die schwerpunktmäßig in und um Karlsruhe und in der Innenstadt stattfinden, glaubt wohl kaum einer daran, dass diese Fahrten tatsächlich nennenswert vom motorisierten Verkehr verlagert würden. Vielmehr werden hier vielfach Gelegenheitskunden aus Bussen und Bahnen abgezogen, die oft mit Einzeltickets zu 2,60 Euro unterwegs gewesen wären. Somit kosten uns als Stadt viele nextbike-Buchungen effektiv bis zu 3 Euro. Weil uns die Einnahmen bei den Verkehrsbetrieben fehlen und wir das dortige Defizit auszugleichen haben.

Diesen Subventionswahnsinn, der unsere Verkehrsbetriebe kannibalisiert und mit dem wir uns bei der CO₂-Vermeidung nur in die Tasche lügen, sollten wir unbedingt beenden, statt ihn weiter auszubauen. Dass die Politik pro Fahrrad der Stadt Karlsruhe den ÖPNV schädigt, hat auch Herr Dr. Pischon schon öffentlich im Planungsausschuss des Regionalverbandes zugegeben. Hinzu kommt, dass mit den im Stadtgebiet inzwischen stark verbreiteten E-Scooter eine weitere Konkurrenz entstanden ist, die die Nachfrage beim nextbike reduzieren wird, so dass der Subventionsaufwand je Fahrt weiter ansteigen wird. Deshalb lehnen wir diese Vorlage klar und deutlich ab.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Ich habe überhaupt keine Rede vorbereitet, weil ich mir nicht vorstellen konnte, dass jemand dagegen stimmen will, auch nach den Vorberatungen in den Ausschüssen, wo ich das nicht so deutlich wahrgenommen habe. Jetzt habe ich einmal die Zahlen aufgerufen. Im Vergleich zu Mannheim und Freiburg sind wir deutlich hintendran bei der Anzahl der Räder pro Einwohner. Im Vergleich zu den anderen Städten sind wir nicht das, was wir sein wollen, Fahrradhauptstadt Deutschlands. Da müssen wir schon noch etwas tun.

Inhaltlich hat es auch einen Grund. In der Innenstadt sind die Fahrräder relativ gut verteilt. Da bekommt man relativ schnell etwas. Aber es geht auch um die Außenbezirke. Von dort soll man auch wegkommen. Da fehlt es sehr wohl noch an einer Versorgung, dass man sagen kann, man findet immer ein Rad, wenn man eines braucht. Gerade ein Sharing-Fahrrad lebt davon, dass ein Angebot da ist. Nur dann nutzen die Leute es auch. Insofern haben wir die berechtigte Hoffnung, dass das anschließend deutlich mehr Leute nutzen werden, wenn wir es erhöhen.

Ganz aktuell, in der Corona-Krise ist doch ganz klar, die Leute fahren nicht mehr so viel mit dem öffentlichen Verkehr. Das war das, was gerade angesprochen wurde. Sie steigen auf das Fahrrad um, und dann auch auf nextbike. Da sollten wir auch ein Angebot schaffen, wohl wissend, dass wir den öffentlichen Verkehr damit ein Stück weit „kannibalisieren“. Aber die Leute, die nicht mit dem öffentlichen Verkehr fahren wollen, brauchen eine Alternative. Denen wollen wir eine anbieten, bevor sie ins Auto steigen. Denn das wollen wir überhaupt nicht. Insofern sehen wir das Geld sehr gut angelegt für diese Erweiterung der Fahrräder.

Stadträtin Melchien (SPD): Auch wir sind etwas irritiert ob der großen Kritik, nicht so sehr der AfD, da würden wir es erwarten, aber zum Beispiel der CDU. Das hat uns schon sehr irritiert. Ich denke, zu einer großen Stadt gehört ein Fahrradverleihsystem. Wir haben in Karlsruhe einen sehr gesunden Mix an Mobilität. Ich würde ungern von einem Kannibalismus reden, sondern einfach von einem Bestandteil unseres großen Angebots. Ich finde es kritisch zu sagen, man weiß nicht – der Einwand kam von der CDU -, inwieweit eine Steigerung der Ausleihzahlen kommt. Wir haben im vergangenen Jahr eine Steigerung verzeichnet. Wenn wir jetzt zu 340 noch zusätzlich weitere 300 Räder dazunehmen, wird es selbstverständlich zu einer weiteren Steigerung kommen. Vor allem, darauf ist mein Kollege Honné eingegangen, da wir auch das Gebiet erweitern und ein besseres Angebot schaffen wollen.

Zu guter Letzt steht in der Vorlage, dass diese Beschlussvorlage unter Haushaltsvorbehalt zu bewerten ist. Von daher verstehe ich diese kritische Diskussion hier sehr wenig. Wir stimmen heute sehr gerne zu.

Stadtrat Jooß (FDP): Wir brauchen verlässliche Zahlen, das hat schon Kollege Tilman Pfannkuch gesagt. Unser Straßenraum ist begrenzt. Das sehen wir überall, ob Fahrräder oder Autos, überall ist er begrenzt. Jetzt haben wir noch die E-Roller und die Leihfahrräder. Ich denke, wir sind irgendwann am Ende der Fahnenstange mit der Fläche. Wir brauchen überall Flächen, für Bauen usw. Hier brauchen wir auch Flächen. Wir sehen das sehr kritisch. Wir enthalten uns diese Mal.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Wir sind auch kritisch, werden dem Antrag aber zustimmen. Ich möchte zwei Sachen zu bedenken geben. Irgendwann müsste dieses System sich selbst tragen können. Ich sehe ein Zeichen darin, weil diese Fahrräder ein Zuschusssystem sind, dass eine Vollausslastung überhaupt nicht möglich ist. Nach Ablauf dieser Zeit müssen wir es kritisch sehen. Zum anderen ist es sowieso unter Haushaltsvorbehalt.

Das Zweite ist, was Kollege Jooß sagte. Ich sehe das Thema E-Scooter sehr kritisch. Das ist eine Kannibalisierung dieses Systems. Diese Dinger stehen überall herum. Die werden benutzt, zu zweit, zu dritt. Ich habe es das erste Mal gesehen, dass vier junge Leute mit so einem Ding fahren. Dieses Thema E-Scooter müssen wir einmal ernsthaft auf die Tagesordnung nehmen, ob

wir die Vergaben so leichtfertig geben. Denn das eine System beraubt dem anderen die Kundenschaft. Heute geben wir das Go, aber nicht unkritisch.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich finde es auch ganz erstaunlich, dass wir jetzt über diese Vorlage streiten. Ich finde den Begriff Kannibalisierung etwas merkwürdig. Denn eigentlich ist ein modernes Mobilitätsverhalten doch, dass man mehrere Verkehrsmittel kombiniert. Eigentlich kann man das KVV.nextbike als eine Bereicherung unseres ÖPNV verstehen, weil man von außerhalb in die Stadt pendeln und hier auf das Fahrrad umsteigen kann, um dann sehr flexibel im Innenstadtbereich unterwegs zu sein. Das ist genau das, was wir gerade versuchen zu denken, Verkehrsarten miteinander sinnvoll zu verknüpfen. E-Scooter sind wahnsinnig teuer. Dieser Ausbau des Fahrradangebots führt zu einer Attraktivitätssteigerung. Die brauchen wir. Dann wird das ganze System auch rentabler.

Der Vorsitzende: Wir können damit zur Abstimmung kommen.

(Zuruf)

- Getrennte Abstimmung? Okay. Wobei Sie unter Ziffer 2 unter Haushaltsvorbehalt stehen. Ich wollte nur noch einmal darauf hinweisen.

Dann rufe ich auf die Ziffer 1. Da geht es um die dreijährige Verlängerung und die entsprechende Steigerung der Kosten. Ich bitte um Ihr Votum. – Ich sehe 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Damit wären wir bei 41 Zustimmungen.

Wir kommen zur Ziffer 2. Wie gesagt, das würde im Haushalt noch einmal aufgerufen werden. Ich bitte jetzt hier um Ihr Votum. – Da haben wir wieder 4 Enthaltungen. Wir haben 13 Ablehnungen. Dann kommen wir bei 48 Anwesenden auf 31 Zustimmungen.

Damit sind beide Ziffern angenommen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
11. August 2020